

Christoph Butterwegge

## **Globalisierung, Neoliberalismus und (Elite-)Bildung**

Rahmenbedingungen für die „Reform“ der Hochschulen

Gemeinsam mit vielen anderen Gesellschaftsbereichen befindet sich die Hochschule heute in einem tiefgreifenden Veränderungsprozess, der meist als „Reform“ bezeichnet und auf die Globalisierung zurückgeführt wird. Damit unterstellt man einen Entwicklungsautomatismus, der überdeckt, welches Konzept ihm zugrunde liegt, wie es zu bewerten ist und dass es sinnvolle Alternativen dazu gibt. Hier soll untersucht werden, wie sich die neoliberale Modernisierung, begriffen als seit langem dominante Form der Globalisierung, auf Bildung, Wissenschaft und Forschung auswirkt und wo Ansatzpunkte für politische Gegenstrategien liegen.

### Globalisierung: Begriff, Entstehungsgeschichte und theoretische Grundlagen

Mit dem Fall der Berliner Mauer im November 1989 und dem Kollaps „realsozialistischer“ Systeme in Ost(mittel)europa erfasste die Herrschaft des Marktes den ganzen Planeten. Die kapitalistische Wirtschaft war zwar immer auf den Weltmarkt orientiert, ihrem Expansionsdrang und dem freien Kapitalfluss hatte der Staatssozialismus aber Grenzen gesetzt. Nach dessen Bankrott gab es ein ideologisches Vakuum, in das neoliberale Kräfte mit großem Erfolg hineinstoßen konnten, weil sie die Vision einer klassenlosen Gesellschaft mit den aufklärerischen Traditionen des Bürgertums verbanden: „Die Vorstellung von einer Weltgesellschaft, ähnlich der Fortschrittsidee, wie sie im 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstand, verkörpert den faszinierenden Traum von der einen Welt, in der es keinen Krieg, keinen Hunger und keine Vorurteile gibt und in der gleichzeitig alle Menschen über mehr Freizeit verfügen sowie ihren Lebens- und Konsumstil frei wählen können.“ (Touraine 2001, 44)

Dass der Terminus „Globalisierung“ eine so große Resonanz in Fachwissenschaft und Öffentlichkeit findet, hängt wesentlich mit seiner Ambivalenz zusammen: Er transportiert sowohl die Hoffnung von Millionen Bürger(inne)n, viele Jahrtausende alte Fesseln, Beschränkungen und soziale Borniertheiten abschütteln zu können, wenn ferne Länder und Kontinente einander durch moderne Informations-, Kommunikations- und Transporttechnologien näher rücken, als auch die Furcht, durch die Art ihrer Anwendung seitens der Herrschenden traditionelle Bindungen und bewährte Sicherungsgarantien im Alltagsleben einzubüßen. Armin Nassehi (1998, 151) hat den Januscharakter des Begriffs im Auge, wenn er konstatiert: „Die Rede von der *Globalisierung* legitimiert sowohl soziale Grausamkeiten in politischen Entscheidungen als auch Hoffnungen darauf, daß die ‚Eine Welt‘, von der in den 70er

Jahren Alternativ- und Dritte-Welt-Bewegungen noch als Provokation gesprochen haben, nun Realität geworden sei.“ Hier liegt auch der Grund, warum man zwischen Globalisierung und ihrer neoliberalen Erscheinungsform trennen muss. Nur dann macht es wirklich Sinn, über eine „andere Globalisierung“ (Galtung 1998) oder „Globalisierung von unten“ (Mies 2001) zu reflektieren und Alternativmodelle zum Neoliberalismus zu entwickeln.

Genauso umstritten wie der Terminus „Globalisierung“ selbst ist die Terminierung ihres Beginns. Für den ehemaligen CDU-Vorsitzenden Wolfgang Schäuble (1998, 32) bildet sie ein Uraltphänomen, das sich bis zu Adam und Eva zurückverfolgen lässt: „Die ganze Wirtschaftsgeschichte der Menschheit ist auch die Geschichte eines fortschreitenden Globalisierungsprozesses: die geographische Ausweitung von Märkten, die Internationalisierung der Arbeitsteilung, die Beschleunigung schließlich des Prozesses selbst aufgrund gesteigerter Kommunikations- und Transfermöglichkeiten.“ Anderen Autor(inn)en gilt „Globalisierung“ als Kind der Moderne, das auf die frühbürgerliche Gesellschaft und den europäischen Kolonialismus zurückgeht. David Harvey (1997, 29) zufolge war die Globalisierung spätestens seit 1492 im Gange; sie stellt für ihn einen konstitutiven Bestandteil der kapitalistischen Entwicklung dar. Der britische Historiker Harold James (1997, 7) wiederum datiert den Beginn dieses Prozesses auf den 15. November 1975, jenen Tag, an dem in Rambouillet bei Paris der erste „Weltwirtschaftsgipfel“ stattfand. Spätestens mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 endete die Periode, wo der Sozialismus die Freiheit des Kapitals begrenzte. „Erst die weltpolitischen Veränderungen seit Ende der 80er Jahre erlauben es, mit Recht von Globalisierung zu sprechen.“ (Kinds Müller 1997, 115)

Die *neue Qualität* der ökonomischen Globalisierung gegenüber allen vorangegangenen Bemühungen um die Internationalisierung der Produktion, des Handels und des Kapitals besteht darin, dass sich Letzteres aufgrund der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien *in Millisekunden* und wegen der Liberalisierung des Kapitalverkehrs *ohne staatliche Kontrollen* über den gesamten Erdball bewegt, durch transnationale Konzerne, grenzüberschreitende Fusionen bzw. strategische Allianzen in bisher unbekannte Dimensionen vorstößt und durch Spekulationen auf geradezu explosionsartig wachsenden Finanzmärkten gigantische Gewinne (oder Verluste) macht, ohne realwirtschaftlich gedeckt zu sein.

Ob die Volkswirtschaften bereits so eng miteinander verflochten sind, dass man von einer globalen bzw. Weltwirtschaft i.e.S. (statt vieler Nationalökonomien) sprechen kann, ist umstritten. Paul Hirst und Grahame Thompson (1998, 131) hegen Zweifel, dass eine Globalisierung stattgefunden hat oder in Kürze stattfinden wird: „Wenn der Begriff ‚Globalisierung‘ irgendeinen Wert hat, dann als ein

negativer Idealtypus, welcher es gestattet, die sich verlagernde Balance zwischen internationalem ökonomischen Druck bzw. internationaler Regulierung sowie der Wirtschaftspolitik auf nationaler und auf Blockebene zu beurteilen. Es existiert keine vollständig globalisierte Wirtschaft, sondern eine internationale Wirtschaft, auf die die einzelnen Nationen unterschiedlich reagieren.“ Michael Heine (1998, 160) sieht in der ökonomischen Abkopplung großer Teile des Planeten, vornehmlich vieler Entwicklungsländer, der fortdauernden nationalstaatlichen Segmentierung des Weltmarktes (Beschränkung binnenmarktlicher Verhältnisse auf regionale Integrationsräume wie EU, NAFTA oder MERCOSUR) und zunehmenden Währungsdisparitäten eine Tendenz zur *Deglobalisierung*: „Je fester und unabänderlicher Wechselkurse sind, um so stärker ist die Globalisierung ausgeprägt. Vor diesem Hintergrund ergibt sich der für die Befürworter der Globalisierungsthese befremdliche Befund, daß das Globalisierungsniveau vor dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg, also unter den Bedingungen des Goldstandards und des Bretton-Woods-Systems höher war als heute.“

Durch eine Vielzahl unterschiedlicher Ereignisse und Entwicklungstendenzen, die transnationalen Akteuren („global players“), besonders weltweit operierenden Großunternehmen, gewisse Vorteile verschaffen, entsteht der falsche Eindruck, „Globalisierung“ sei ein quasi eigengesetzlicher, aus sich selbst heraus Wirkungsmacht entfaltender Prozess. „Vor allem deshalb erscheint die Globalisierung in der Diskussion als unabhängiges Gegenüber zum National- und Wohlfahrtsstaat, als eine Kraft, die von außen auf diesen einwirkt und die Regierungspolitik bestimmt. Damit wird aber unterschätzt, in welchem Maße die Globalisierung selbst *auch* ein Ergebnis *autonomer* nationaler Politik war und ist.“ (Rieger 1998, 820) Die ökonomische Globalisierung erfolgt jedoch weder naturwüchsig, noch ist der darunter subsumierte Prozess bloß ein „Phantom“, wie Ulrich Dolata (1997) mutmaßt. Nicht die Globalisierung selbst, sondern der verbreitete Glaube, ihre Deformation zur neoliberalen Modernisierung mehrte den Wohlstand aller Wirtschaftsstandorte (Nationen, Regionen, Städte) und Bürger/innen, ist ein Mythos.

Wer – wie manche linke Kritiker – über „Globalisierungs-“ bzw. eine oder mehrere „Standortlügen“ lamentiert (vgl. z.B. Ehrenberg 1997; Boxberger/Klimenta 1998; Zugehör 1998), erweckt leicht den Eindruck, als hätte sich das Verhältnis von Kapital und Arbeit bzw. von Ökonomie und Politik in den letzten Jahrzehnten kaum verändert, obwohl es der Neoliberalismus gerade in allen hoch entwickelten Staaten einem tief greifenden Wandel unterzieht. „Das Verhältnis von Politik und Ökonomie wird neu definiert, die Staatsapparate werden entsprechend strukturellen Veränderungen unterworfen und die Ziele und Aufgaben staatlicher Politik modifiziert.“ (Buntenbach 1998, 151)

Nationalstaaten bilden weder bloße Industrie- bzw. Wirtschaftsstandorte, noch stehen sie in einem Konkurrenzverhältnis zueinander, wie Paul Krugman (1999, 27) zeigt: „Länder sind (...) überhaupt nicht mit Wirtschaftsunternehmen vergleichbar.“ Durch die fortschreitende Globalisierung wird der einzelne Nationalstaat auch keineswegs ohnmächtig bzw. handlungsunfähig: Er hat weder seine Souveränität nach außen noch seine Legitimation und Gestaltungsmacht nach innen verloren. Selbst der neoliberale Ökonom C. Christian von Weizsäcker (1999, 69) spricht von einer „nationalen Autonomie der Sozialpolitik“, die ihren Handlungsspielraum weitgehend behalte: „Es gibt keinen Anpassungs- oder Harmonisierungsdruck in der Sozialpolitik zwischen den verschiedenen Staaten in der globalen Marktwirtschaft.“

Gleichwohl bleibt der Sozialstaat nicht, was er über Jahrzehnte hinweg war. Vielmehr verändern sich die politischen Rahmenbedingungen sowie die Konflikt- und Konkurrenzbeziehungen für westeuropäische Wohlfahrtsregimes: „Globalisierung führt zu einer neuen Akteurskonstellation zwischen transnationalen Unternehmen, den Akteuren der Finanzkapitalmärkte, den Nationalstaaten und den Gewerkschaften. Dabei haben sich die Machtressourcen zugunsten des Real- und vor allem des Finanzkapitals und zu Lasten der Hauptakteure des Wohlfahrtsstaates, der Gewerkschaften und des Staates verlagert.“ (Urban 1999, 30)

### Neoliberalismus als Wirtschaftstheorie, Sozialphilosophie und gesellschaftspolitisches Großprojekt

Seinen bis heute dauernden Siegeszug trat der Neoliberalismus, anfänglich meist „Neokonservatismus“ genannt, bereits gegen Ende der 1970er-/Anfang der 1980er-Jahre an. Später setzte sich die deshalb missverständliche Bezeichnung „Neoliberalismus“ durch, weil seine Aufwertung wirtschaftlicher Kennziffern und der Mechanismen kapitalistischer Marktsteuerung keineswegs mit Engagement für individuelle Bürgerrechte, Hauptmerkmal des zur Bedeutungslosigkeit absinkenden politischen Liberalismus, einherging (vgl. Bischoff 1998, 55 f.). Damals regierten in den USA unter Ronald Reagan ebenso wie in Großbritannien unter Margaret Thatcher liberalkonservative Kräfte, die den Jahrzehnte lang dominierenden Keynesianismus durch eine sog. Angebotsökonomie („supply-side economics“), verbunden mit einer Schwerpunktverlagerung von der Fiskal- zur Geldmengenpolitik (Monetarismus) und restriktiver Budgetpolitik (Austeritätspolitik) des Staates, ersetzen.

Aus einer Wirtschaftstheorie, die durch Steuererleichterungen bessere Verwertungsbedingungen für das Kapital schaffen wollte, entwickelte sich eine Sozialphilosophie, welche die ganze Gesellschaft nach dem Modell der Leistungskonkurrenz (um)gestalten will, wobei ihr der Wettbewerb zwischen Menschen, Unternehmen, Regionen und Nationen, kurzum: Wirtschaftsstandorten unterschiedlicher

Größe, zum Wundermittel für die Lösung aller sozialen Probleme gerät. Hans-Gerd Jaschke (1998, 114) spricht vom Neoliberalismus als einem „Marktradikalismus“ bzw. „-fundamentalismus“, der sein Gesicht erkennbar wandle: „Von einer interessenpolitisch begründeten und nachvollziehbaren wirtschaftspolitischen Position wird er immer deutlicher zu einer umfassenden politischen Ideologie, die sich unangreifbar gibt, indem sie auf die Globalisierung verweist, auf den Konkurrenzdruck und das angedrohte Abwandern von Unternehmen.“

Im viel beschworenen „Zeitalter der Globalisierung“ erscheint der Neoliberalismus als umfassende und in sich schlüssige Lehre, ja als politische Zivilreligion oder stimmige Weltanschauung, mit der man sich die Entwicklung von Staaten und Gesellschaften erklären, sie aber auch beeinflussen sowie in eine markt-, leistungs-, und konkurrenzorientierte Richtung lenken kann. Dass der Neoliberalismus eine beherrschende Position im öffentlichen und Fachdiskurs erringen konnte, verdankte er weniger der Überzeugungskraft seiner Theorie, die ihren Hauptvertretern, etwa den Ökonomie-Nobelpreisträgern Friedrich A. Hayek und Milton Friedman, großen Einfluss verschaffte, als vielmehr deren geschickter Vernetzung, systematischer Unterstützung durch sog. Denkfabriken (think tanks) und von Stiftungen geförderter Lobbyarbeit (vgl. dazu: Plehwe/Walpen 1999).

Unter dem wachsenden Druck neoliberaler Strömungen in Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft wurde die Kritik am vorgeblich überhöhten Leistungs*niveau* und massenhaften Leistungs*missbrauch* des Sozialstaates seit Mitte der 1970er-Jahre zur Institutionenkritik verdichtet (vgl. Sitte 1998, 710). Sie gewann gegen Ende der 1980er-/Anfang der 1990er-Jahre eine neue Qualität, weil soziale Sicherheit als „Standortrisiko“ für die Allgemeinheit, nicht mehr bloß als Gefahr für die Freiheit des einzelnen Bürgers, erschien. Ultraliberale machen den Sozialstaat für alle Übel und Missstände, die es ihrer Meinung nach in modernen Gesellschaften gibt, verantwortlich: Die Massenarbeitslosigkeit, den allgemeinen Werteverfall und die Krise der Familie, den Geburtenrückgang und sogar die wachsende Heiratsunwilligkeit von Frauen führen sie auf seinen Ausbau nach dem Zweiten Weltkrieg zurück (vgl. Berthold 1997, 33 f.).

Stephan Adolphs, Wolfgang Hörbe und Serhat Karkayali unterscheiden *drei* Grundpositionen der Globalisierungsdiskussion voneinander, die sie als „Projekt-“, „Ideologie-“ und „Sachzwangthese“ kennzeichnen. Letztere bilde „eine Form des Ökonomie-Fetischs“, die ignoriere, dass Veränderungen der Weltwirtschaft auch das Ergebnis gesellschaftlicher Kämpfe und politischer Entscheidungen seien. „Die VertreterInnen der *Ideologie-These* leugnen nicht nur die Umbrüche und Veränderungen, die zu einer neuen Qualität des kapitalistischen Reproduktionszusammenhangs geführt haben; mit ihrem aufklärerischen Habitus übersehen sie die überaus wirkungsmächtige Dimension diskursiver

Performanz – Ideologie wird hier nur als eine Art ‚falsches Bewußtsein‘ verstanden.“ (Adolphs u.a. 1998, 102) Globalisierung müsse demgegenüber als Bestandteil und Resultat einer Vielzahl von „Politikprojekten“ begriffen werden, die andere Formen der Regulation zu etablieren suchten, um damit die sich wegen ständiger Krisen häufenden gesellschaftlichen Widersprüche und Konflikte einzuhegen.

Bei der neoliberalen Modernisierung/Umstrukturierung handelt es sich um ein gesellschaftspolitisches Großprojekt, das auf der ganzen Welt noch mehr soziale Ungleichheit schafft, als es sie aufgrund der ungerechten Verteilung von Ressourcen, Bodenschätzen, Grundeigentum, Kapital und Arbeit ohnehin schon gibt. „Standortsicherung“ fungiert als Schlachtruf (einfluss)reicher Gruppen im Verteilungskampf, die den Neoliberalismus zur Stärkung ihrer Machtposition benutzen. Was als „Modernisierung“ gilt, ist teils nur die Rücknahme demokratischer und sozialer Reformen bzw. Regulierungsmaßnahmen, mit deren Hilfe die Staaten das Kapital zeitweilig einer gewissen Kontrolle unterwerfen. Durch die Ökonomisierung bzw. Kommerzialisierung aller Gesellschaftsbereiche, deren Restrukturierung nach dem Marktmodell und die Generalisierung betriebswirtschaftlicher Effizienzkriterien und Konkurrenzmechanismen, wie sie die Unternehmensberatungsfirma McKinsey verkörpert (vgl. dazu: Kurbjuweit 2003), sollen nicht nur neue Profitquellen erschlossen, sondern auch rigidere Ordnungsprinzipien implementiert werden. Man kann von einem „Wirtschaftstotalitarismus“ sprechen, der nach Joachim Bergmann (1998, 334) die „negative Utopie“ des Neoliberalismus ausmacht: „Ökonomische Kriterien, Kosten und Erträge sollen ebenso alle anderen gesellschaftlichen Teilsysteme bestimmen – die soziale Sicherung und die materielle Infrastruktur so gut wie Bildung und Kultur.“

Ist der Neoliberalismus antietatistisch, will er die Rolle von Staat und Politik beschneiden? Erhard Eppler (1998, 194) bejaht diese Frage, und zwar generell: „Wo die Politik Schritt für Schritt durch den Markt ersetzt werden soll, ist die Handlungsunfähigkeit der staatlichen Organe gewollt. Der Neoliberalismus hat nicht nur den Sozialstaat, sondern ‚den Staat‘ selbst im Visier.“ Dagegen diagnostiziert Joachim Hirsch (2002, 112) die „Herausbildung eines neuen Typs des kapitalistischen Staates“, den er als „nationalen Wettbewerbsstaat“ mit wachsendem Gewicht bezeichnet: „Die Globalisierung des Kapitals verbindet sich (...) mit einer eher zunehmenden Bedeutung administrativer Staatsadministration, wenn auch in gegenüber dem Fordismus erheblich veränderten Formen.“

Walter Schöni (1994, 72) wirft dem Neoliberalismus nicht nur vor, die soziale Ungleichheit zwecks individueller Leistungssteigerung zu instrumentalisieren und eine soziale Auslese zu betreiben, die zur Spaltung zwischen Zentren und Randregionen, zwischen Einheimischen und Ausländer(inne)n sowie

zwischen höher und niedriger Qualifizierten führt, sondern differenziert auch zwischen den einzelnen Staatsapparaten und ihren jeweiligen Funktionen: „Eine Ordnungspolitik, die Konfliktpotentiale schürt und Konflikte gleichzeitig unterbinden will, benötigt nicht weniger staatliche Regulierung, sondern eine besonders autoritäre Form derselben.“ Johann J. Hagen (1999, 18) weist ebenfalls nach, dass es keine durchgängige Schrumpfung des öffentlichen Sektors gibt, die Entwicklung der Staatsapparate vielmehr komplizierter verläuft: „Während der Versorgungsbereich reduziert wird, werden gleichzeitig die Sicherheitsapparate ausgebaut, erweitert und verfeinert, medial vorbereitet von Unsicherheitsphantasien und unrealistischen Bedrohungsszenarios.“ Gleichwohl bedeutet die Herrschaft des Marktes keineswegs, dass Abschied vom (Sozial-)Staat genommen wird (vgl. hierzu: Butterwegge u.a. 1999; Butterwegge 2005).

Der auf seinen wirtschaftlichen Kernbestand reduzierte Staat des Neoliberalismus ist auch keineswegs frei von bürokratischen Auswüchsen – ganz im Gegenteil: Für personenbezogene Leistungskontrollen, Evaluationsbürokratien und Zertifizierungsagenturen werden womöglich sogar noch mehr Sach- und Personalmittel benötigt als vorher. „Der schlanke Staat ist also nicht einfach ein personell abgespeckter und effizient arbeitender Staat. Er ist vielmehr wegen der Diskrepanz zwischen geringer Kompetenz und großen Aufgaben, zwischen verzopften Vorschriften und eigentlich klaren Vorgaben anfällig für offenen und geheimen Druck, also auch für Korruption. Dabei können diejenigen, die die größte Macht haben, auch den größten Druck ausüben. Der schlanke Staat ist für sie der ideale Staat.“ (Rügemer 1996, 114)

Prononciert formuliert: Nur die Reichen können sich einen magersüchtigen Staat leisten. Denn sie schicken ihre Kinder auf Privatschulen und (ausländische) Eliteuniversitäten, kaufen alles, was ihr Leben verschönert, selbst und sind auf öffentliche Schwimmbäder, Bibliotheken oder sonstige kommunale Einrichtungen – im Unterschied zu den Armen – nicht angewiesen. Maßnahmen der Privatisierung öffentlicher Unternehmen, sozialer Dienstleistungen und allgemeiner Lebensrisiken, zur Deregulierung gesetzlicher Schutzbestimmungen sowie zur Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und -zeiten sind Schritte auf dem Weg in eine Gesellschaft, die Konkurrenz und Kommerz prägen. Privatisierung führt in einen Teufelskreis der Entsolidarisierung. Es findet eine „Reindividualisierung“ sozialer Risiken statt, worunter Personen mit hohem Gefährdungspotenzial und relativ niedrigem Einkommen besonders zu leiden haben.

Folgen der neoliberalen Hegemonie für die soziale Symmetrie und die politische Demokratie

Die neoliberale Globalisierung geht mit wachsender ökonomischer, sozialer oder politischer Unsicherheit einher (vgl. Altvater/Mahnkopf 2002). Man hat den Eindruck, dass die Welt zerfällt, Wirtschaft, Gesellschaft und (Sozial-)Staat gespalten werden. Robert Went (1997, 53 und 133) spricht treffend von einer „doppelten Polarisierung – innerhalb der Länder und weltweit zwischen den Ländern“ als Ursache wachsender sozialer Unterschiede bzw. Gegensätze. Der ganze Planet wird in Gewinner- und Verliererstaaten, jede einzelne Gesellschaft noch einmal in soziale Auf- und Absteiger/innen gespalten.

Ulrich Beck (1986, 122) machte in seinem Buch „Risikogesellschaft“ vor zwei Jahrzehnten einen sozialen „Fahrstuhl-Effekt“ aus, der alle Klassen und Schichten gemeinsam nach oben befördert habe: „Es gibt – bei allen sich neu einpendelnden oder durchgehaltenen Ungleichheiten – ein kollektives Mehr an Einkommen, Bildung, Mobilität, Recht, Wissenschaft, Massenkonsum. In der Konsequenz werden subkulturelle Klassenidentitäten und -bindungen ausgedünnt oder aufgelöst. Gleichzeitig wird ein Prozeß der Individualisierung und Diversifizierung von Lebenslagen und Lebensstilen in Gang gesetzt, der das Hierarchiemodell sozialer Klassen und Schichten unterläuft und in seinem Wirklichkeitsgehalt in Frage stellt.“ Bezogen auf die weitere Entwicklung, kann man eher von einem Paternoster-Effekt sprechen: In demselben Maße, wie die einen nach oben gelangen, geht es für die anderen nach unten. Mehr denn je gibt es im Zeichen der Globalisierung ein soziales Auf und Ab, das Unsicherheit und Existenzangst für eine wachsende Zahl von Menschen mit sich bringt.

Überall auf der Welt vertieft sich die Kluft zwischen Arm und Reich. Betroffen sind hauptsächlich Kinder und Jugendliche (vgl. Butterwegge u.a. 2003). Pauperisierung, soziale Polarisierung und Entsolidarisierung manifestieren sich besonders eklatant im Rahmen der Zuwanderung nach Europa, wo die staatliche Politik zwischen Eliten- und Expertenmigration einerseits sowie Elendsmigration andererseits differenziert (vgl. Butterwegge 2003). Aber auch andere Lebensbereiche sind von einer Spaltung bedroht, die Exklusivität für ein zahlungskräftiges Publikum schafft und soziale Exklusion für eine zahlenmäßig größere Bevölkerungsschichten zumindest billigend in Kauf nimmt.

Die neoliberale Hegemonie, wie man die Meinungsführerschaft des Marktradikalismus nennen kann, verschärft jedoch nicht nur die soziale Asymmetrie, ist vielmehr auch eine Gefahr für die Demokratie, weil sie Politik, begriffen als gesamtgesellschaftlichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess, durch sozialökonomische Selektionsmechanismen substituiert (vgl. hierzu: Butterwegge u.a. 1998). Rainer Zuehlke (1998, 24) spricht von „zunehmender Entdemokratisierung“ als Konsequenz der neoliberalen Standortpolitik: „Die Ausweitung bzw. Stärkung der Marktkräfte bei gleichzeitiger Einschränkung der staatlichen Regulations- und Kontrollmöglichkeiten hat nämlich zur Folge, daß die

wirtschaftspolitischen Instrumentarien, insbesondere die Einnahmen- und Ausgabenpolitik der Regierungen, der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung sukzessive entzogen werden können.“ Edward Luttwak (1999, 303) betont zwar die größere Effizienz des globalisierten gegenüber einem „kontrollierten Kapitalismus“, kritisiert aber die „Aushöhlung demokratischer Herrschaft über die Wirtschaft“, welche damit einhergehe: „Die typischen Merkmale des Turbo-Kapitalismus sind eine höhere Leistungsfähigkeit, eine größere Ungleichheit und ein beschleunigter Strukturwandel, der zwar viel Innovatives hervorbringt, aber auch vieles zerstört. Seine politische Bedeutung liegt jedoch in einer Machtverschiebung weg von den staatlichen Autoritäten hin zu den ökonomischen Interessen von Privatpersonen wie von Institutionen. Dadurch wird automatisch der Bereich der demokratischen Kontrolle kleiner.“

Privatisierungstendenzen stärken sowohl die gesellschaftliche Bedeutung wie auch den Einfluss des Kapitals. „Privat heißt, daß alle zentralen Entscheidungen – jedenfalls prinzipiell – von Leuten und Gremien gefällt werden, die sich nicht öffentlich verantworten müssen.“ (Narr 1999, 26) Somit läuft Privatisierung auf Entpolitisierung, diese wiederum auf Entdemokratisierung hinaus, weil der Bourgeois nunmehr auch jene Entscheidungen trifft, die dem Citoyen bzw. der Citoyenne, dem Gemeinwesen sowie seinen gewählten Repräsentant(inn)en vorbehalten bleiben sollten.

Der neoliberale Minimalstaat ist eher Kriminal- als Sozialstaat, weil ihn die drastische Reduktion der Wohlfahrt verstärkt zur Repression gegenüber Personen(gruppen) zwingt, die als „Modernisierungs-“ bzw. „Globalisierungsverlierer/innen“ zu Hauptopfern seiner rückwärts gerichteten „Reformpolitik“ werden. „Die Spaltung in eine globale ‚Club-Gesellschaft der Geldvermögensbesitzer‘ und nationale Gesellschaften, die noch immer ‚Arbeitsgesellschaften‘ sind, führt in letzter Konsequenz dazu, daß der Rechtsstaat zu einem Staat mutiert, der den ‚inneren Frieden‘ mit Gewalt aufrechterhalten muß – mit Disziplinierung anstelle von Konsens und mit Sicherheitspolitik anstelle von Sozialpolitik.“ (Mahnkopf 1999, 120)

Durch seine wahnhaftige Fixierung auf den Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsstandorten schafft der Neoliberalismus einen Nährboden für jene Ideologie, die ich „Standortnationalismus“ nenne. Seit der welthistorischen Zäsur 1989/90 teilt sich der Nationalismus fast überall in zwei Grundströmungen: einen *völkisch-traditionalistischen*, protektionistisch orientierten *Abwehernationalismus*, der besonders in sog. Schwellenländern überwiegt, die ihre Marktöffnung als „Globalisierungsverlierer“ meistens mit sozialen Verwerfungen bezahlen, sowie einen *Standortnationalismus*, der als Legitimationsbasis des Neoliberalismus fungiert, seiner ökonomisch-technologischen wie ideologisch-moralischen Aufrüstung

bzw. Aufwertung des „eigenen“ Wirtschaftsstandortes dient, wo kapitalistische Industrieländer mit Erfolg modernisiert werden.

Der neoliberale Wettbewerbswahn fördert die Rechtsentwicklung in vielen Gesellschaftsbereichen, bringt eine neue, marktradikale Rechte hervor und verstärkt die Tendenz zur Ab- bzw. Ausgrenzung von Schwächeren, Minderheiten und sog. Randgruppen. Dass die rassistisch motivierte Gewalt und Ausgrenzungsbemühungen gerade im Zeichen der Globalisierung drastisch zugenommen haben und fast überall in Europa rechtsextreme bzw. -populistische Gruppen wie Jörg Haiders FPÖ, Silvio Berlusconi's Forza Italia, die Alleanza Nazionale und die Lega Nord, die Schweizerische Volkspartei unter Christoph Blocher, die Dänische Volkspartei, der Vlaams Blok in Belgien, Jean-Marie Le Pen's Front National in Frankreich und die Liste des ermordeten Pim Fortuyn in den Niederlanden zumindest vorübergehend erstarkt sind (vgl. hierzu: Butterwegge 2002; Butterwegge u.a. 2002), ist kein Zufall.

Der neue Standortnationalismus ist ein auf die Weltökonomie angewandter Sozialdarwinismus, der unter Berufung auf „nationale Tugenden“ die Überlegenheit des eigenen Industriestandortes gegenüber anderen Volkswirtschaften einklagt. Er kommt – wie bisher noch jede Gefahr für die Demokratie – aus dem Zentrum, also nicht etwa von den „Rändern“ bzw. „Randgruppen“ der Gesellschaft, wobei er die Überzeugung vieler Menschen nutzt, einem besonders fleißigen, tüchtigen und intelligenten Volk anzugehören. Was den Standortnationalismus für bestimmte Kräfte in Wirtschaft, Politik und Verwaltung besonders attraktiv macht, ist die Möglichkeit, Arbeitnehmer(inne)n zwecks Sicherung oder Wiedergewinnung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit mit seiner Hilfe materielle Opfer abzuverlangen und gleichzeitig Strukturveränderungen in unterschiedlichen Bereichen zu rechtfertigen.

### Bildung als Standortfaktor, Ware und Zukunftsmarkt

Die gegenwärtig stattfindende Reorganisation der Hochschulen, ihrer Fachbereiche und Studiengänge wie des Bildungswesens insgesamt ist Teil der Pläne für eine Umgestaltung fast aller Lebensbereiche nach dem Vorbild des Marktes. „Beschäftigungsfähigkeit“ des einzelnen Arbeitskraftunternehmers sowie „Wettbewerbsfähigkeit“ des Wirtschafts- bzw. Wissenschaftsstandortes sind die Zielsetzungen, denen alle übrigen Vorgaben der nationalstaatlichen Politik untergeordnet werden. Marktmechanismen und Konkurrenzbeziehungen halten Einzug auch in solche Sektoren, die davon bisher frei waren oder (wie z.B. das Sozial- und Gesundheitswesen) ein Gegengewicht zum Markt gebildet hatten. Auch die Bildung bleibt nicht von Ökonomisierungs-, Kommerzialisierungs- und Privatisierungstendenzen als Wesenselement der neoliberalen Globalisierung verschont. Vielmehr gehört sie zu den Bereichen, wo das Projekt des Neoliberalismus durch die Implementierung moderner Managementkonzepte, meist als

notwendiger Reformschritt deklariert und von wohlklingenden Etiketten („Hochschuloptimierung“, „Qualitätssicherung“ oder „Kundenorientierung“) begleitet, ohne Rücksicht auf die dort Beschäftigten alle Rationalisierungspotenziale nutzt.

Bezeichnend ist schon die Art und Weise, wie Neoliberale die wachsende Bedeutung der Bildung begründen. Der FDP-Politiker Guido Westerwelle (1998, 175) schreibt: „Bildung ist der wichtigste Rohstoff für Deutschland. Bildung und Ausbildung werden immer mehr zum entscheidenden Faktor für den Erfolg auf dem Arbeitsmarkt, aber auch für den Erfolg der Volkswirtschaft insgesamt.“ Ganz ähnlich sieht es der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende Jürgen Rüttgers (1999, 28 f.): „Wissen ist nicht nur zum entscheidenden Produktionsfaktor geworden, sondern auch zu einem nachgefragten Produkt, das Wettbewerbsfähigkeit sichert und Einkommen schafft.“ Da geht es längst nicht mehr um Bildung als Menschen- bzw. Bürgerrecht (siehe Dahrendorf 1965) oder die umfassende Entwicklung der Persönlichkeit, sondern ausschließlich um die Erfordernisse des eigenen „Wirtschaftsstandortes“ und/oder des Marktes. Bildung betrachtet man nicht mehr als öffentliches Gut, Rechtsanspruch für sämtliche Gesellschaftsmitglieder und demokratische Errungenschaft von historischem Rang, sondern bloß noch als „Standortfaktor“, Handelsware bzw. Konsumartikel und Zukunftsmarkt. Wie Bodo Zeuner (1997, 31) bemerkt, schließen sich der Marktmechanismus und die Erfüllung öffentlicher Aufgaben in einem demokratischen Staat jedoch aus: „Wer z.B. das Bildungssystem in gegeneinander konkurrierende Unternehmen aufspaltet, die mit eigenen Budgets arbeiten und im Interesse der ‚Wirtschaftlichkeit‘ Gebühren von Studenten, vielleicht demnächst von Schülern, erheben dürfen, der stärkt nicht irgendwelche ‚Eigenverantwortlichkeiten‘, sondern baut das demokratische Recht auf gleiche Bildungschancen unabhängig vom Einkommen ab und entzieht letztlich der demokratischen Gesellschaft die Möglichkeit, ihre Ressourcen sozialstaatlich umzuverteilen.“

Studierende werden zu „Kunden“ gemacht, die eine Konsummentalität ausbilden (sollen) und ihr „Humankapital“ (Unwort des Jahres 2004) – was für ein inhumaner Begriff! – verwerten (wollen), weshalb sie nur noch dafür geeignete Lehrangebote nachfragen dürften. Umgekehrt drängt man die Dozent(inn)en in eine Anbieterrolle hinein, die sie um der eigenen materiellen Existenz willen zwingt, „marktgängigen“ Stoff und konformistische Inhalte zu unterrichten. Dadurch degenerieren die Hochschulen tendenziell zu akademischen Berufsschulen, die sich auf eine Qualifizierung von Arbeitskräften konzentrieren. „Fachidioten“ sollen die Bundesrepublik noch konkurrenzfähig und das heimische Kapital noch erfolgreicher auf den Weltmärkten machen, als sie es ausweislich riesiger Exportüberschüsse und neuerlicher Rekordgewinne in vielen Branchen ohnehin schon sind.

Die neoliberale Bildungsökonomie sieht im Hochschulbereich ein für marktwirtschaftliche Prinzipien geeignetes Feld, das sie unternehmerischer Initiative öffnen möchte, und setzt vor allem auf finanzielle Leistungsanreize bzw. Konkurrenzdruck. Hinter dem Konzept, das Markt, Leistung und Konkurrenz verabsolutiert, steckt aber ein zutiefst inhumanes Menschenbild: Leistungsschwache bzw. -unwillige müssen mittels massiven Drucks, der beinahe an Nötigung grenzt, gezwungen werden, „mehr aus sich zu machen“, während Leistungsträger umgekehrt durch materielle Anreize stärker motiviert werden sollen. Wettbewerb wirkt aber nur dann leistungsfördernd, wenn es nicht um die Vernichtung von Mitkonkurrent(inn)en geht, sondern gemeinsam und nach allgemein anerkannten, fairen Regeln um Verbesserungen gerungen wird.

### (Elite-)Bildung, Wettbewerb und Leistung im Zeichen der Globalisierung

Die gegenwärtige Bildungsreformdebatte gleicht in frappierender Weise jener, die während der 60er-Jahre in Westdeutschland geführt wurde und um Möglichkeiten kreiste, die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft durch Zeitersparnis bei der (akademischen) Ausbildung von Arbeitskräften zu erhöhen. Stephan Leibfried (1969, 29) fasste sie in vier Punkten zusammen: „1. administrative Verkürzung der Studienzeit auf vier Jahre, für bestimmte Ausbildungsgänge an der Philosophischen Fakultät sogar auf drei Jahre; 2. Verkürzung der Gymnasialzeit um ein Jahr; 3. Verkürzung der Ausbildungszeit durch Verquickung von Wehrdienst und Ausbildung; 4. vertikale Spaltung des Universitätsstudiums derart, dass die Mehrzahl der Studierenden die Universität nach einem ‚Kurzstudium‘ von drei Jahren verlässt.“

Was kürzlich internationale Schulleistungsvergleiche wie TIMSS, PISA und IGLU mit ihren für die Bundesrepublik wenig rühmlichen Resultaten auslösten, nämlich den Ruf nach besser (aus)gebildeten Deutschen, schaffte damals Georg Picht (1964) mit seinem Buch „Die deutsche Bildungskatastrophe“. Fortan wurde die bundesdeutsche Bildungspolitik von dem heimlichen Leitmotiv beherrscht, möglichst bald an Innovationsbereitschaft und Wirtschaftskraft mit den USA gleichzuziehen oder sie längerfristig gar zu überholen. Schulen und Hochschulen sollten dazu beitragen, das Wachstum und die Gewinne der (west)deutschen Industrie zu steigern. Stephan Leibfried (1969, 36) sah darin den Hauptgrund für die konservative Formierung an den Hochschulen: „Die Emanzipationsinteressen der Wissenschaft werden abgeschnitten; Erkenntnis, statt die Gesellschaftsgeschichte voranzutreiben, gerinnt zum Produktionsfaktor.“

Im viel beschworenen „Zeitalter der Globalisierung“ bleiben auch Schulen und Hochschulen nicht von strukturellen Veränderungen verschont. Die neuere Entwicklung der europäischen Universitäten kann

man mit Sabine Kock (2001, 87) als spezifische Form bzw. Adaption von Globalisierungsprozessen interpretieren: „Die gegenwärtigen Hochschulreformen erscheinen (...) als ein spezifischer Teilprozess des Phänomens ‚Globalisierung‘, dessen Eigenheiten und Eigendynamik sich durch die Genese und Organisationsform der Hochschulen erklärt.“

Wettbewerbsorientierung, Standortnationalismus und Elitedenken wurden durch die Globalisierung bzw. die neoliberale Modernisierung gefördert, erhielten aber einen zusätzlichen Schub durch die Vereinigung von DDR und Bundesrepublik. In seinem Buch „Und der Zukunft zugewandt“ brachte Wolfgang Schäuble (1994, 26), damals Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die sozialen Verwerfungen und die Lasten der deutschen Einheit in Zusammenhang mit dem Wohlfahrtsstaat und der Gesellschaftsstruktur: „Man muß sich fragen, ob wir, um unsere gegenwärtigen Probleme in den Griff zu bekommen, nicht wieder zu einer weniger ‚durch-egalisierten‘ Gesellschaft finden müssen.“ Elitebildung war für Schäuble genauso nötig wie ein Um- bzw. Abbau des Sozialstaates. Schäuble monierte jedoch, dass Schulen und Hochschulen ihre für Deutschlands „Zukunftsfähigkeit“ zentrale Aufgabe der Eliteförderung vernachlässigt, wenn nicht tabuisiert hätten: „Gezielt Eliten zu fördern oder überhaupt erst wieder zu ermöglichen, erscheint mir heute dringlicher denn je. Wir brauchen Eliten, und wenn wir uns mehr Freiräume wünschen, mehr Eigeninitiative, mehr Leistungsbereitschaft, dann brauchen wir wahrscheinlich auch größere Anreize.“ (ebd.)

Bildung, (Natur-)Wissenschaft und Forschung sind ein Gebiet, auf dem sich der Wettbewerb zwischen den Wirtschaftsstandorten in erster Linie abspielt. Das neoliberale Lamento über den „schwächelnden“ Wirtschaftsstandort erstreckte sich folglich auch auf den Wissenschaftsstandort Deutschland. Der damalige BDI-Präsident Tyll Necker (1994, 27) beispielsweise klagte, hierzulande hätten sich die Rahmenbedingungen für unternehmerische Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsaktivitäten verschlechtert: „Zu hohe Unternehmensteuern, überhöhte Lohn- und Lohnnebenkosten, zu kurze und zu unflexible Arbeitszeiten sowie ein überhöhtes Regulierungsniveau engen Handlungsspielräume für Unternehmen, aber auch für die Wissenschaft zunehmend ein.“

In dasselbe Horn stieß der damalige Bundespräsidenten Roman Herzog (1997, 28), als er die USA am 26. April 1997 in seiner berühmt-berüchtigten „Ruck“-Rede als Vorbild für Spitzenleistungen im Bereich der Mikroelektronik und der sog. Neuen Medien durch Deregulierung sowie eine umfassende Förderung von Forschung und Technik empfahl: „Auch wir müssen rein in die Zukunftstechnologien, rein in die Biotechnik, die Informationstechnologie. Ein großes, globales Rennen hat begonnen: Die Weltmärkte werden neu verteilt, ebenso die Chancen auf Wohlstand im 21. Jahrhundert. Wir müssen

jetzt eine Aufholjagd starten, bei der wir uns Technologie- und Leistungsfeindlichkeit einfach nicht leisten können.“

„Globalisierung“ diente Herzog als weltwirtschaftliche Drohkulisse, um damit den Bildungsbereich genauso wie andere Sektoren, die bisher nicht kapitalistischen Verwertungsimperativen gehorchten, einer neoliberalen (Standort-)Logik des Gaspedals zu unterwerfen. Zusammen mit der Bertelsmann Stiftung in Gütersloh, die sich bald zu einer Art Nebenbildungsministerium aufschwang, unterhält die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) das im Mai 1994 gegründete Centrum für Hochschulentwicklung (CHE). Hierbei handelt es sich um eine neoliberal ausgerichtete Denkfabrik, die durch Kampagnen, Gutachten und Publikationen unter ihrem Leiter, dem Betriebswirtschaftler Detlef Müller-Böling, eine Schlüsselrolle in der Hochschulstrukturdiskussion spielt (vgl. dazu: Bennhold 1999). Unter Herzogs Schirmherrschaft richtete die Bertelsmann Stiftung einen „Initiativkreis Bildung“ ein, der in einem Memorandum appellierte, sowohl die Beziehungen zwischen Staat und Hochschule wie auch zwischen der Hochschule und ihren Mitgliedern grundlegend zu verändern. Man wollte die Hochschulen aus „staatlichen Fesseln“ befreien, indem sie Finanz-, Organisations- und Personalautonomie erhielten (vgl. Initiativkreis Bildung 1999, 59 ff.). „Hochschulautonomie“ heißt für Neoliberale freilich in Wahrheit, die Wissenschaft marktgängig, mithin auch *marktabhängig* zu machen, Forschung und Lehre stärker für Wirtschaftsinteressen zu öffnen und sie nach Wettbewerbsprinzipien umzugestalten.

Guido Westerwelle (1998, 178), damals Generalsekretär und heute Vorsitzender der FDP, profilierte sich in einem „Der Muff nach 30 Jahren“ überschriebenen Kapitel seines Buches „Neuland“ mit markigen Sprüchen gegen die aus der Schüler- und Studentenrevolte der 60er-Jahre stammenden „Kuschelecken-Pädagogen“, denen er unterstellte, Kinder durch „Leistungsverneinung“ nicht auf die Anforderungen des wirklichen Lebens vorzubereiten. „Leistung sollte die erste Bewertungskategorie sein. Das ist nicht unmenschlich, sondern macht unsere Gesellschaft und Wirtschaft offener, durchlässiger und vor allen Dingen weniger zertifikatsgläubig.“ (Westerwelle 1998, 179) Der liberale Politiker reduzierte Bildung ebenso wie Ausbildung auf die berufliche Qualifikation und fragte: „Muß ein Schreinerlehrling wirklich Politik oder Religion in der Berufsschule lernen, um ein guter Schreiner zu werden?“ (ebd.)

Neoliberale und Lobbyisten hypostasieren die Leistung; sie machen daraus geradezu eine Ideologie. Wettbewerb, der Menschen nur unter bestimmten Bedingungen in sinnvoller Weise motivieren und zu Leistungssteigerungen animieren kann, wird von ihnen zum Universalmechanismus und Allheilmittel emporstilisiert, das die Strukturprobleme einer globalisierten Marktökonomie lösen soll. Hans-Olaf Henkel (1998, 212), damals Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), beschrieb

in seinem Buch „Jetzt oder nie“, wie er sich Hochschulpolitik vorstellt und welche Maßnahmen seiner Meinung nach auf diesem Feld nötig seien: „Es gibt nur einen Weg der Umkehr des möglicherweise bedrohlichsten Trends in unserer Gesellschaft, und der besteht darin, die Spielregeln des Wettbewerbs auch in unserem Bildungssystem einzuführen.“ Um den Wettbewerb in der akademischen Ausbildung zu stärken, sollten private Hochschulen mehr Unterstützung bekommen und die Bundesländer um Spitzenleistungen im Hochschulbereich konkurrieren: „Wettbewerb zwischen Studenten muß schon am Beginn des Studiums über Eingangsprüfungen möglich sein. Wettbewerb zwischen Professoren muß durch leistungsbezogene Bezahlung erfolgen. Wettbewerb zwischen Hochschulen muß auch über die Möglichkeit gefördert werden, Studiengebühren zu erheben.“ (Henkel 1998, 213)

Roman Herzog (1999, 16) plädierte dafür, die Leistungs- und Qualitätsmessung an den Hochschulen direkt mit Geldzuteilungen verbinden: „Wer in Lehre und Forschung gut ist, sollte auch mehr Mittel bekommen als der weniger gute.“ Statt eines Ausgleichs vorhandener Schwächen durch Finanzspritzen für die bisher benachteiligten Fächer/Fachbereiche bevorzugen Neoliberale eine Konzentration der Mittel auf besonders gut profilierte und privilegierte Institute, was zu einer weiteren Polarisierung innerhalb der Hochschulen führen muss. Obwohl es sinnvoll wäre, knappe Ressourcen entsprechend der Be- oder Auslastung auf die vorhandenen Einrichtungen zu verteilen, diskreditiert man eine solche Gleichmäßigkeit als Förderung der Mittelmäßigkeit nach dem „Gießkannenprinzip“ und fetischisiert lieber die „Leistung“, wodurch sich bestehende Disproportionen noch verschärfen.

Lothar Späth (1999, 147) ehemaliger Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg und heute als Vorstandsvorsitzender der Jenoptik AG ein Mann der Großwirtschaft, erwartet – wie alle Neoliberalen und Marktradikalen – vom Wettbewerb an und zwischen den Hochschulen wahre Wunderdinge. Um einen Konkurrenzkampf zu entfachen, sind seiner Meinung nach insbesondere drei Dinge nötig: ein neues, „wettbewerbsförderndes“ Finanzierungsmodell, Haushaltsautonomie der Hochschulen sowie „leistungsorientierte Anreizsysteme“ für Professoren. Semestercoupons und eine „fachspezifische Studiengebühr“ sorgen für die Profilbildung der Hochschulen im permanenten Wettbewerb um Mittel und machen Unternehmen aus ihnen, ganz egal, ob sie staatlich oder privat organisiert sind. „Selbst einzelne Institute können als Profit-Center geführt werden, die über ein eigenes Betriebsvermögen verfügen.“ (Späth 1999, 149) Voraussetzung für echten Leistungswettbewerb und mehr Flexibilität sei, dass die Verbeamtung aller Mitarbeiter/innen aufgehoben werde. Wissenschaft und Forschung stehen bei Späth (1999, 151) ganz im Dienste der Standortsicherung, und ein humanistischer Bildungsbegriff hat für ihn ausgedient: „Nur durch Wettbewerb in der Bildung kann eine wettbewerbsfähige Bildung auf Dauer gewährleistet werden.“

Von der Konkurrenz verspricht man sich nicht nur (mehr) betriebswirtschaftliche Effizienz, sondern auch Exzellenz (vgl. z.B. Rüttgers 1999, 64). Obwohl der Volksmund behauptet, sie „belebe“ das Geschäft, dürfte mehr Konkurrenz im Wissenschaftsbereich das geistige Niveau eher senken. „Man braucht sich nur den Markt der Fernsehanbieter vor Augen zu halten, um zu erkennen, dass im Konkurrenzkampf häufig das Gehaltvolle auf der Strecke bleibt, hingegen die Massenware überlebt.“ (Morkel 2000, 97) Höchst zweifelhaft ist, ob es für mündige Bürger/innen überhaupt noch Sinn macht, gegeneinander zu konkurrieren, statt im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung der „Einen Welt“ über Grenzen hinweg miteinander zu kooperieren. Der neoliberale Wettbewerbswahn kann schließlich nicht das Bewegungsgesetz einer zukunftsfähigen Gesellschaft sein. Wohlfahrtseinrichtungen, Kunst, Kultur, (Weiter-)Bildung, Wissenschaft und Forschung dürfen auf keinen Fall von kommerziellen Interessen oder der Spendierfreude privater Unternehmer, Mäzene und Sponsoren abhängig gemacht werden. Erheblich besser für die Gesellschaft insgesamt wäre es, sie in der Obhut demokratisch legitimierter Institutionen zu belassen.

Stiftungen können, selbst wenn sie gemeinnützig sind, den Staat als Träger und Anbieter solcher Dienstleistungen nicht ersetzen, weil es ihre Konstruktion den Wohlhabenden erlauben würde, über das Geld als Steuerungsmedium mittelbar oder unmittelbar Einfluss auf Bildungsziele und -inhalte zu nehmen. Niedersachsen spielte, als es noch eine SPD-Regierung unter Sigmar Gabriel hatte, durch Umwandlung einzelner Hochschulen in Stiftungen des öffentlichen Rechts, wie sie etwa der damalige Wissenschaftsminister Thomas Oppermann (2002) mit Verve betrieb, hinsichtlich der Entstaatlichung des Bildungsbereichs eine Vorreiterrolle. Umstritten war, ob der Rechtsformwechsel ein ideologisches Ablenkungsmanöver oder ein geschickter Schachzug im Übergang zur Privathochschule darstellte.

Nach dem Triumph von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei der Bundestagswahl am 27. September 1998 bekannte sich Gerhard Schröder (1998, 906) in seiner Regierungserklärung, bezeichnenderweise „Weil wir Deutschlands Kraft vertrauen ...“ überschrieben, zum Leistungswettbewerb und zu mehr betriebswirtschaftlicher Effizienz: „Diese Regierung hat nichts gegen die Herausbildung von Eliten. Auch unsere demokratische Gesellschaft braucht Eliten. Allerdings kommt es mir darauf an, was man unter Elite und ihrer Herausbildung versteht. Geprägt von eigener Erfahrung sage ich: Zur Elite gehört man nicht durch die Herkunft der Eltern; zur Elite gehört man durch Leistung.“ Leistungsfähigkeit ist aber nur scheinbar ein geeigneteres Kriterium, um Menschen einer Führungsgruppe zuzuordnen. Denn eine irgendwie „objektive“ Leistungsmessung kann es nicht geben: „Die Bewertung wissenschaftlicher Leistungen ist – anders, als es das an das Kriterium der Leistung gebundene Elitenverständnis nahe legt – dem Streit der Meinungen und Interessen keineswegs entzogen.“ (Krais 2000, 145) Leistung bedeutet etwa für Neoliberale, ökonomisch Erfolg zu haben, und bemisst sich bei ihnen nach Marktkonformität

– ein Kriterium, das keinerlei Aussage über den sozialen Sinn zulässt. An den Hochschulen heißt leistungsorientierte Mittelzuweisung, dass die Höhe der eingeworbenen Drittmittel über die finanzielle Lage eines Fachbereiches, Fachs oder Instituts (wie letztlich seiner Professoren) entscheidet.

Abgesehen von dem Kardinalproblem, wer eigentlich bestimmt, was „Leistung“ ist, steht die „Elite“ im Gegensatz zu der Grundgesamtheit, aus der sich ihre Mitglieder rekrutieren, was soziale Selektion und Exklusivität bedingt, (Standes-)Privilegien für eine Minderheit erfordert und bei dieser Korpsgeist hervorbringt. „Elite schafft und verstärkt Hierarchien. Sie lässt die Mehrheit zur dominierten Masse werden.“ (Müller 1999, 75) Elite grenzt die große Mehrheit aus und beruht immer auf einer Auslese, die mit den Prinzipien einer sozialen Demokratie unvereinbar ist.

Ein gängiger Vorwurf liberalkonservativer Kritiker des Sozialstaates lautet, Letzterer verführe seine Klient(inn)en zu Faulheit und Leistungsverweigerung. Konrad Adam (2002, 63 f.) klagt in seinem Buch „Die deutsche Bildungskatastrophe“, Deutschland habe die jüngsten Rentner und die ältesten Studenten: „Studentsein ist zur Lebensform geworden, zu einem Halbberuf, der zwar nichts einbringt, aber auch nicht viel kostet, weil man in Deutschland gebührenfrei studieren kann.“ Mittels der trotz eines noch bestehenden Verbots im Hochschulrahmengesetz in der öffentlichen Diskussion allmählich akzeptierten Erhebung von Gebühren (auch für das Erststudium) soll vordergründig die Studiendauer verkürzt, in Wahrheit aber auch die Einstellung der Studierenden zu ihrer Ausbildung, ihrer Hochschule und den Dozent(inn)en verändert werden.

Jürgen Kluge (2003, 162 f.), Chef von McKinsey Deutschland, hält es für ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, der Unterscheidung zwischen grundständigen Bildungsangeboten wie Kindergarten und Schule einerseits sowie individuell zurechenbaren Zusatzqualifikationen wie dem Studium andererseits Rechnung bei der Gewichtung von öffentlichen und privaten Ausgaben zu tragen: „Grundständige Bildung fällt in den Bildungsauftrag des Staates und sollte mit öffentlichen Geldern finanziert werden. (...) Demgegenüber sollten Bildungsabschlüsse, deren Gewinne sich individuell rechnen, auch als private Investition verstanden und zu einem größeren Teil privat finanziert werden.“

Studiengebühren dienen aber weniger einer anderen Finanzierung als einer Kommerzialisierung des Wissenschaftsbereichs und einer Intensivierung des Leistungswettbewerbs zwischen Hochschulen, Fachbereichen und Fächern. Studiengebühren bzw. -konten ändern das Verhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden von Grund auf. Hochschullehrer/innen sind allerdings weder Verkäufer/innen noch Bankiers, die es mit Kunden bzw. mit Kontoinhaber(inne)n zu tun haben. Hochschulabsolvent(inn)en wird durch die völlige Verschulung des Studiums mittels seiner Verkürzung (Einführung des Bachelor-

Grades, Schaffung finanzieller Sanktionen bei deutlicher Überschreitung der Regelstudienzeit usw.), Verabreichung häppchenweiser Lerneinheiten (Modularisierung) und Verpflichtung zu schematisierten Dauerprüfungen (Übernahme des angelsächsischen Credit-Point-Systems) jeglicher kritische Geist ausgetrieben. Was Stephan Leibfried (1969, 61) mit Blick auf die vom Wissenschaftsrat empfohlene Einführung der Zwangsexmatrikulation schrieb, gilt heute noch analog: „Die Wahrscheinlichkeit, daß der Student außer Wissen fürs Examen eine Kenntnis der Zusammenhänge von Wissenschaft und Gesellschaft erwirbt, wird zusehends geringer.“

Am 6. Januar 2004 beschloss der SPD-Parteivorstand auf Vorschlag des damaligen Generalsekretärs Olaf Scholz die „Weimer Leitlinien Innovation“. Nach dem Um- bzw. Abbau des Sozialstaates setzte die Parteiführung auf das Thema „Innovation“, d.h. auf Bildung, Wissenschaft und Forschung. Statt der Breitenbildung rückten die Sozialdemokraten das Ziel der Schaffung von Eliteuniversitäten und des Ausbaus der Spitzenforschung ins Zentrum all ihrer reformpolitischen Bemühungen: „Wir wollen die Struktur der Hochschullandschaft so verändern, dass sich Spitzenhochschulen und Forschungszentren etablieren, die auch weltweit in der ersten Liga mitspielen und mit internationalen Spitzenhochschulen wie Harvard und Stanford konkurrieren können.“ (SPD-Parteivorstand 2004, 5)

#### Abschied vom Humboldt'schen Bildungsideal: Forschung für die Wirtschaft und Qualifizierung von Humankapital als Aufgaben der Hochschule

Jürgen Rüttgers (1997, 32), damaliger Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, sagte zur Eröffnung der HRK-Jahresversammlung in Siegen: „Humboldts Universität ist tot.“ Der preußische Reformler habe mit seinem Bildungsgedanken den Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft befördert, die sich nunmehr zur Wissensgesellschaft wandle. Angesichts dieser „Zeitenwende“ stehe das gesamte Bildungswesen in Deutschland vor einschneidenden Veränderungen: „Wir brauchen ein Bildungssystem, das seine Aufgabe nicht nur in der Ausbildung erkennt, sondern vor allem auch in der Einstimmung junger Menschen auf ein Leben des Lernens.“ (Rüttgers 1997, 351) Mit der Parole vom „lebenslangen Lernen“, die heute vielen Betroffenen als pure Drohung erscheinen muss, wird überdeckt, dass Fort- und Weiterbildung seit der industriellen Revolution zum normalen Berufsleben gehören. Karl Georg Zinn (2002, 22) weist denn auch darauf hin, dass sich nicht die Sache selbst, vielmehr deren öffentliche Wahrnehmung geändert habe, was mit der Wiederentdeckung des Zusammenhangs von Wirtschaftswachstum und Humankapitalbildung bzw. Arbeitskräftequalifikation und Beschäftigungschancen zu erklären sei.

Eine Schlüsselrolle spielt dabei das GATS (General Agreement on Trade in Services), mit dem die WTO (World Trade Organization) die öffentlichen Dienstleistungen für den Markt öffnen soll (vgl. Fritz/Scherrer 2002). Auch wenn es nicht das „Ende des öffentlichen Bildungswesens“ bedeutet, wie manche Kritiker/innen fürchten (siehe Tobler 2003), wird die Privatisierungstendenz dadurch fraglos gestärkt. Die zuständige Fachministerin Edelgard Bulmahn (2002, 48) gab sich jedoch als Gegnerin einer weiteren Liberalisierung des Bildungsmarktes zu erkennen: „Wir dürfen Bildung nicht dem Handel überlassen. Die Internationalisierung der Bildungsangebote und -teilnahme gehorcht anderen Antrieben als denen des Handels.“

Von erheblicher Bedeutung für die Ausrichtung der Strukturreformen war die sog. Bologna-Erklärung der europäischen Bildungsminister (1999), die darin einen einheitlichen europäischen Hochschulraum zwecks „Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulsystems“ zu schaffen versprochen. Zwischen der fortan beschworenen „Europäisierung“ des Bildungsbereichs und der „Internationalisierung“ deutscher Hochschulen tut sich allerdings ein logischer Bruch bzw. Widerspruch auf: „Während es im Europäischen Hochschulraum um die Integration der nationalen Hochschulsysteme zu einem europäischen System geht, steht im globalen Raum die Implementation eines Standortwettbewerbs im Vordergrund.“ (Keller 2003, 1122) Dass die Vereinheitlichung von Studiengängen, -ordnungen und -abschlüssen nur langsam vorankommt, führt Horst Albert Glaser (2004, 68) auf die Dominanz fiskalischer Motive zurück: „Die Regierungen scheinen in kürzerer Zeit mehr Studenten durch das tertiäre System schleusen zu wollen, ohne dies gleichzeitig auszubauen und ausreichend zu finanzieren.“

„Internationalisierung“ der Hochschulen meint häufig eher US-Amerikanisierung. Amerika stellt in der Hochschulstrukturdiskussion (zusammen mit Australien, das bei den Studiengebühren einen Kultstatus genießt) das Maß aller Dinge dar. Nach diesem Vorbild sollen partizipative Entscheidungsstrukturen in der Hochschulleitung durch moderne Managementmethoden ersetzt werden (vgl. z.B. Grözinger 2004). Die akademische Selbstverwaltung der Gruppenuniversität gilt als zu schwerfällig, um sich gegenüber der „schlankeren“ Administration US-amerikanischer Privathochschulen behaupten zu können. Indem man sein Demokratiedefizit ausblendet, avanciert das „Vorbild Amerika“ zu einem Mythos und einem hochschulpolitischen Totschlagargument, mit dem sämtliche Demokratisierungsversuche blockiert werden können (vgl. dazu: Stucke 2001). Die meist als Effektivierung deklarierte Amerikanisierung unseres Bildungswesens ist aber kontraproduktiv. Selbst im Rahmen der neoliberalen Wettbewerbs- und Standortlogik wäre es sehr viel erfolgversprechender, sich auf die eigenen Stärken zu besinnen, anstatt ein Modell nachzuahmen, das auf ganz anderen Prämissen und soziokulturellen Traditionen fußt.

Längst ist die deutsche Bildungspolitik nur noch verständlich vor dem Hintergrund der Globalisierung, der neoliberalen Modernisierung und der Europäisierung. Auf dem Lissaboner EU-Gipfel am 23./24. März 2000 wurde als „neues strategisches Ziel für das kommende Jahrzehnt“ anvisiert, „die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen.“ (Europäischer Rat 2000, 2) Darin drückte sich der Wunsch aus, die US-Hegemonie auf dem Weltmarkt zu brechen und selbst eine wissenschaftlich-technische Führungsrolle zu übernehmen. Paul Kellermann (2003, 485) kommentierte die Schlussfolgerungen des Ratsvorsitzes der EU treffend: „Bildung, die anthropologisch zum Wesen der Menschen gehört, die in humanistischer Tradition ihren Zweck in der gebildeten Persönlichkeit hatte, wurde zur Zeit des Globalen Konkurrenzkapitalismus zu einem Mittel erfolgsversprechenden Kampfes um wirtschaftliche Vormacht.“

Heute hat das humanistische Bildungsideal offenbar ausgedient; gefragt sind Schlüsselqualifikationen, Methodenkenntnisse und Kompetenzen, die auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt werden. Gleichfalls als überholt gilt die von Humboldt propagierte Verbindung von Forschung und Lehre: Während man die Hochschulen zu bloßen Ausbildungsstätten für Fachkräfte degradiert, wird die (Spitzen-)Forschung in Spezialeinrichtungen ausgelagert. Es geht primär um die ökonomische Funktionalität der Hochschulen im Rahmen eines verschärften Wettbewerbs zwischen Wirtschafts- bzw. Wissenschaftsstandorten, was Wolf-Dieter Narr (2004, 192) kritisiert: „Die Universitäten haben in der Lehre professionelle Service- und habituelle Durchschleusungsaufgaben; in der Forschung zählen, soweit sie überhaupt universitär betrieben wird, allein die Fächer, deren wissenschaftlich-technologische Innovationen ökonomisch expansiv verwertbar sind.“

Gleichwohl bleibt Humboldt lebendig, weil sein – in amerikanischen Eliteuniversitäten übrigens fast durchgängig verwirklichtes – Grundprinzip heute aktueller denn je ist: „Forschung und Lehre müssen verbunden bleiben, denn nur diese Verbindung ermöglicht es den Studierenden, wissenschaftliches Denken so zu erlernen, dass es Grundlage ihrer Persönlichkeit wird. Aber dies nicht mit dem Ziel, alle Studierenden zu Wissenschaftlern auszubilden, sondern allen Wissenschaft als Denkform einzuprägen, unverlierbar für das gesamte Leben, um sie fähig zu machen, mit wissenschaftlichen Methoden ein Leben lang offene Probleme in ganz unterschiedlichen Berufsfeldern zu lösen.“ (Langewiesche 2004, 45 f.)

Hochschulen im Wettbewerbswahn: Wo bleibt die gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaft?

Wer sich mit der heute wieder viel beschworenen „Krise der Universität“ beschäftigt, tut gut daran, sich analoger Diskussionen während der späten 1960er-Jahre zu erinnern. Damals bemerkte Werner Hofmann (1969, 9), man müsse „Krisen von sehr verschiedener Natur“ unterscheiden: solche des Wachstums, des Übergangs und des Verfalls. Stephan Leibfried (1969, 39) unterteilt die Geschichte der Hochschulen nach 1945 in zwei Perioden: eine Phase der Isolierung (Einübung in politische Abstinenz) und eine Phase der Funktionalisierung. Es folgten eine Phase der sozialdemokratischen Reformorientierung und eine Phase der liberalkonservativen Formierung, an die sich nach dem kurzen rot-grünen Zwischenspiel eine Phase der totalen wirtschaftsliberalen Modernisierung anschließen dürfte. Auf der politischen Agenda stehen zukünftig die Ökonomisierung, Kommerzialisierung und Privatisierung der akademischen Bildung.

Neoliberale und Lobbyisten reduzieren die gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaft auf eine möglichst große Wirtschaftsnähe. Die nach US-amerikanischem Muster reformierte, in erster Linie am Markt orientierte und ganz auf Leistung fixierte Hochschule der Zukunft ist denn auch kaum weniger konformistisch, als es die Universität der frühen 1960er-Jahre war. Während die Ökonomie sämtliche Lebensbereiche in geradezu penetranter Weise durchdringt, sollte der Bildungssektor davon möglichst frei bleiben, wenn sich die Gesellschaft nicht unter das Diktat eines marktfundamentalistischen bzw. wirtschaftstotalitären Regimes begeben will. Um dem neoliberalen Mainstream entgegenzuwirken, müssten ihre Mitglieder wieder eher von Menschen als vom Wirtschaftsstandort ausgehen, wenn sie Forschung und Lehre im eigentlichen Sinne modernisieren wollen.

Alessandro Pelizzari (2002, 152) begreift die bildungspolitische Gegenreform als Doppelstrategie, mit der das Bildungswesen den veränderten Bedingungen deregulierter und immer flexibler gestalteter Arbeitsmärkte angepasst wird. Einerseits ermögliche die durch „leere“ öffentliche Kassen erzwungene Verkürzung der Schul- und Studiendauer eine allgemeine Abwertung der Grundbildung bzw. der Ware Arbeitskraft; andererseits verschärfe sich durch kennifferngestützte Marktmechanismen die soziale Selektion von Schulen und Hochschulen: „Es geht um die Vertiefung gesellschaftlicher Ungleichheiten zum Zwecke einer besseren Abstimmung auf die Bedürfnisse eines Wirtschaftsstandortes.“ (ebd.)

Für den ehemaligen Bildungsminister Jürgen Rüttgers (1999, 63) ist die Umstellung der staatlichen Hochschulfinanzierung auf eine leistungsabhängige und outputorientierte Ressourcenverteilung der strategische Dreh- und Angelpunkt einer den Prinzipien „Leistungsorientierung“ und „Wettbewerb“ verpflichteten Hochschulreform: „Ein wachsender Teil der Haushalte der einzelnen Hochschulen soll nach und nach globalisiert werden und die Mittelzuweisung zunehmend an Leistungskriterien orientiert

erfolgen.“ Die den Hochschulen in diesem Reformkonzept gewährte Finanzhoheit („Budgetierung“) bringt ihnen kaum mehr als eine Scheinautonomie, welche sie zwar aus der Bittstellerrolle gegenüber dem zuständigen Ministerium entlässt, ihnen aber nur umso heftigere Verteilungskämpfe innerhalb des eigenen Hauses beschert. Man kann jetzt zwar selbst entscheiden, muss aber eben auch einen Konsens darüber herstellen, wo der Rotstift im Falle knapperer Ressourcen angesetzt wird. Zudem zeigt Gerd Nollmann (2003, 501), „dass organisatorische Budgetierung als institutioneller Transmissionsriemen wirtschaftliche Stagnation in mehr gesellschaftliche Einkommensungleichheit übersetzt.“

Die deutschen Hochschulen sind Neoliberalen besonders aufgrund ihrer strukturellen Verfasstheit, die (noch) kein getreues Spiegelbild der Hochleistungs- und Konkurrenzgesellschaft darstellt, ein Dorn im Auge: Relativ schwach ausgeprägte Hierarchien, Kollegial- und Anciennitätsprinzip, die Freiheit von Forschung und Lehre – das alles entspringt und/oder entspricht zwar liberaler Tradition, führt aber dazu, dass dort weniger Leistungs- bzw. Konkurrenzdruck als in manch anderem Gesellschaftsbereich herrscht und auch die Einkommensunterschiede vergleichsweise gering sind. Egalitätsziele, die das Zusammenleben der Menschen in entwickelten Wohlfahrtsstaaten bestimmen, stehen nach neoliberaler Lesart aber im Widerspruch zu den Leistungsanforderungen einer postmodernen Wissensgesellschaft. Wettbewerb erfordert eine größere Lohn- bzw. Gehaltsspreizung in Bildungseinrichtungen und fördert sie auch.

Bei der Reform des Bildungswesens geht es um eine gesellschaftspolitische Richtungsentscheidung von wahrhaft historischer Tragweite: Soll es ein öffentlich finanziertes und kontrolliertes Gegenmodell zum Markt bleiben oder nach dessen Muster umstrukturiert werden? Wie man diese Frage beantwortet, dürfte nicht nur das Arbeitsklima und die Studienbedingungen an den Hochschulen, sondern auch die Zukunft der Gesellschaft insgesamt stark beeinflussen. Marktsteuerung bedeutet – im Bildungssektor wie in anderen Lebensbereichen – mehr soziale Ungleichheit und ein höheres Maß an Ungerechtigkeit. Durch die forcierte Ökonomisierung, Kommerzialisierung und Privatisierung büßen das Gemeinwesen an demokratischer und die Mehrheit seiner Mitglieder an Lebensqualität ein.

Ingrid Lohmann (2002, 104) befürchtet, dass die im Euphemismus „Wissensgesellschaft“ verborgene Transformation der Bildungsprozesse in Eigentumsoperationen mit Wissen als bloßer Ware die in der Moderne garantierten Verfügungsrechte von ihren ökonomischen Fundamenten her auflösen werde: „Wir befinden uns am geschichtlichen Anfang einer neuen Sklaverei. Die Versklavung geschieht dabei nicht selten mit Zustimmung der Individuen, nämlich dann, wenn sie sich davon Vorteile in der Konkurrenz um Erwerbspositionen versprechen.“

Je mehr die moderne Gesellschaft durch Wissen und Wissenschaft geprägt wird, desto massiver rückt die Verantwortung als Prinzip der Zukunftsgestaltung ins Zentrum der Ethik (vgl. dazu: Jonas 1984). Ein zwischen Forschungsstandorten, Hochschulen und Fachbereichen hauptsächlich um materieller Vorteile, Ruhm und Renommee willen ausgetragener Wettbewerb widerspricht der gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaft und Technik. Wettbewerb, der Sieger und Verlierer kennt, ist mit Wissenschaft, die nach Wahrheit strebt, kaum vereinbar. Was für die Wirtschaft gut sein mag, taugt für die Wissenschaft noch lange nicht, weil beide anderen Entwicklungsgesetzen folgen. „Die neoliberale Ideologie ist für die komplexe, stör anfällige Kommunikation in Lehre und Forschung ähnlich tödlich wie die Polizei auf dem Campus.“ (Brunkhorst 2004, 93) Die kulturelle Funktion, die aufklärerische Tradition und die Wesenseigenschaften der Universität gehen verloren, wenn diese privatisiert oder zum „Tochterunternehmen der Deutschland AG“ (Schuller 2000) umstrukturiert wird.

Für Torsten Bultmann und Rolf Weitkamp (1999, 9 f.) handelt es dabei sich um einen vollständigen „Bruch mit der bisherigen Entwicklungslogik von Hochschulen“, was die beiden Autoren wie folgt begründen: „Im Kern geht es um die Neukonstituierung der Hochschulen als ‚Dienstleistungsbetrieb‘, eine Bezeichnung, die der Wissenschaftsrat 1993 programmatisch besetzte. Programm ist die Bezeichnung insofern, als die marktvermittelte bzw. wettbewerbsförmig organisierte Befriedigung wissenschaftsexterner Interessen zum zentralen Erfolgskriterium hochschulinterner Prozesse erhoben wird.“

Zielvereinbarungen und Maßnahmen der Evaluation sind typisch für eine BWL-Mentalität, die selbst dort immer massiver um sich greift, wo es akademischer Freiheit und intellektueller Kreativität bedarf, um optimale Ergebnisse in Wissenschaft, Forschung und Lehre zu erzielen. „Die Betriebswirtschaft wird zur Leitwissenschaft der Hochschulreform, womit sie konsequenterweise die Rolle übernimmt, die Philosophie im frühen 19. Jahrhundert und die Sozialwissenschaft in den sechziger und siebziger Jahren dieses Jahrhunderts hatte.“ (Bultmann/Weitkamp 1999, 10)

Zu den Schlüsselbegriffen im neoliberalen Bildungskonzept gehören Benchmarking, Evaluation und Ranking. Der neoliberale Wettbewerbswahn führt zu einem „Verdrängungswettbewerb zwischen Fächern und in ihnen“, zumal Ranking in Wahrheit meist Kürzung von Mitteln meint (Langewiesche 2003), erfordert aber auch immer kompliziertere Verfahren wissenschaftlicher Leistungsmessung, was sich bis zur Evaluationitis steigert, wenn die Hochschulen und die dort Beschäftigten in Forschung wie Lehre einem ständigen Rechtfertigungsdruck unterworfen sind. Jede wie auch immer geartete Evaluation basiert auf einer Konstruktion der Realität, vermittelt jedoch bloß den Eindruck von Objektivität. „Evaluationen schaffen die Wirklichkeit, die zu messen sie vorgeben. Die Evaluierten

schaffen ein System, das dem Idealbild der Konstrukteure der Evaluation entspricht.“ (Kieser 1998, 411)

Natürlich ist Evaluation nicht gleich Evaluation. Während die *neoliberale* Variante im Grunde nach dem Marktwert fragt und schlechte Leistungen „am Kunden“ per Sanktion bestraft, geht es bei einer *demokratisch-sozialen* Evaluation um die Emanzipation der Bildungssubjekte mittels kritischer Selbstreflexion. „Es muß unterschieden werden zwischen einer Evaluation, die vor allem zur Finanzierung und Akkreditierung von Hochschulen herangezogen wird, die potentiell die Autonomie der Hochschule untergräbt, und einer, die den kommunikativen Prozeß zur Problemlösung in den Vordergrund stellt und zur qualitativen Verbesserung der Hochschularbeit führen kann.“ (Kaulisch u.a. 1999, 209)

Uwe Schimank (1997, 157) mutmaßt, dass es der Evaluationsdiskussion vorrangig um die Legitimation von Haushaltskürzungen geht. Gleichzeitig erhöht sich der Leistungs- und Kontrolldruck bei abhängig Beschäftigten, ohne für die Studierenden bessere Lernbedingungen zu schaffen. Evaluation öffnet der Willkür an Hochschulen vielmehr Tür und Tor: „Sie fördert Anpassertum, ist ein ideales Instrument, um politischen Druck auszuüben, und kann eine weitere Nivellierung etwa von Prüfungsleistungen und Dissertationen nach sich ziehen.“ (Buß 2000, 192) Eine von den Hochschullehrer(inne)n einklagbare Wissenschaftsfreiheit erscheint Wirtschaftsvertretern, die nach einer „permanente(n) Qualitätskontrolle durch Evaluation“ verlangen, damit die knappen Geldmittel effizient und effektiv Verwendung finden, als „wesentlicher Hemmschuh“ der Entwicklung zu einer Hochschule nach ihren Vorstellungen (siehe Schlaffke/Konegen-Grenier 1998, 38).

Statt der Auslastung eines Fachs entscheidet künftig die „Leistung“ seiner Professoren über die ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen, was nach neoliberaler Lesart heißt: ihre Fähigkeit zur Einwerbung von sog. Drittmitteln. Die jeweils exakt messbare, weil monetär entgeltene Leistung wird zum alles beherrschenden Fetisch, nach dem sich die Hochschulen genauso wie ihre Fachbereiche, Fächer und Mitglieder zu richten haben. Nicht mehr Inhalte, gesellschaftliche Relevanz und Ziele entscheiden, was erforscht oder gelehrt wird, sondern primär, wofür am leichtesten bzw. die meisten Mittel zu erlangen sind. Damit ist die Fremd- bzw. Fehlsteuerung der Wissenschaft durch kapitalkräftige Geldgeber vorprogrammiert.

Evaluation führt aber auch fast zwangsläufig zum Opportunismus. Wissenschaftler, die sich dem gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und politischen Mainstream widersetzen, haben kaum Chancen, von dessen führenden Repräsentanten im Rahmen der Evaluation positiv beurteilt zu werden. Albrecht

Koschorke (2004, 151) fragt denn auch völlig zu Recht: „Wie soll das immer engmaschigere Netz von Evaluationen und Gegenevaluationen in der Summe etwas anderes erzeugen als einen Aggregatzustand betriebsamer Konformität?“

Während die Grundausrüstung vor allem in wirtschaftsfernen Fächern und der Grundlagenforschung kaum noch gewährleistet ist, müssen sich alle Wissenschaftsbereiche einem Wettbewerb um fallweise vergebene Sonderprogramme und Zusatzmittel unterziehen, was eine kontinuierliche Arbeit erschwert oder unmöglich macht. In permanenter Konkurrenz mit anderen sollen sich die Besten herauschälen, die Masse kann hingegen sehen, wo sie bleibt, oder ganz untergehen. Das undurchschaubare Dickicht der staatlichen Wissenschaftsbürokratie beraubte Hochschullehrer/innen ihrer Zeit; noch mehr dürfte sie die Wettbewerbsmanie beanspruchen. „Mit der Konkurrenzintensivierung steigt der Zeitaufwand für Akquisitions- und Selbstdarstellungsaktivitäten – nicht nur mit Blick auf die regelmäßigen Evaluationen – erheblich, und das geht angesichts der in jeder Hinsicht knappen zeitlichen und finanziellen Ressourcen zu Lasten der eigentlichen Forschungstätigkeiten.“ (Meier/Schimank 2004, 107)

Werner Hofmann (1969, 30) wies früh auf den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Konkurrenz und ökonomischer Funktionalisierung der Universitäten hin: „In einer Gesellschaft der allgemeinen Verwertung, der totalen ‚Rechenhaftigkeit‘, der individuellen Vorteilssuche, in einer Gesellschaft der Gewinn- und Verlustrechnung muß Wissenschaft, soweit sie ihre Gegenstände aus eigener Vollmacht wählt und der Zudringlichkeit gesellschaftlicher Interessen widersteht, als eine Restsphäre dessen erscheinen, was nicht *nutzbar* zu machen und daher *unnütz* ist.“ Je stärker und direkter man aber die Hochschulen für Wettbewerbszwecke im Sinne ihrer wirtschaftlichen Verwertung instrumentalisiert, umso eher wächst das Potenzial des Protests mit der Perspektive einer kritischen Wissenschaft und einer Demokratisierung der Universität, wie es die Studentenbewegung der '68er hervorgebracht hat.

Johannes Rau (2003) plädierte als Bundespräsident im Unterschied zu seinem Amtsvorgänger Roman Herzog für eine Bildungsreform, die Schul- und Hochschulbildung nicht dem „Nützlichkeitszwang“ unterwerfen sollte. Arnd Morkel (2000, 140) meint, die Universität bzw. die an ihr Tätigen sollten sich wehren: „Nein sagen müssen wir zu allen Bemühungen, Forschung und Lehre vornehmlich an den Bedürfnissen der Wirtschaft auszurichten und die Universität wie einen Wirtschaftsbetrieb mit einem allmächtigen Manager an der Spitze zu organisieren.“ Wer im besten Sinne konservativ denkt, lehnt die Verlagerung von Entscheidungs-, Wahl- und Kontrollkompetenzen, die bisher bei den Hochschulen oder Ministerien lagen, zu mit Externen besetzten Aufsichtsräten (board) ab: „Ein Gemeinwesen, das sich nicht nur als Wirtschaftsstandort, sondern auch als Kulturstaat versteht, darf seine Verantwortung

für die Universitäten nicht auf Gremien abschieben, die nach wissenschaftsfremden Gesichtspunkten zusammengesetzt und niemandem verantwortlich sind.“ (ebd., 141)

(Hochschul-)Bildung ist viel zu wichtig, um sie dem blinden Wüten der Marktkräfte zu überlassen. Widerstand gegen die neoliberale Umstrukturierung der Hochschulen zu leisten, fällt aber nicht zuletzt deshalb schwer, weil die Verteidigung sozialer Errungenschaften durch dort Beschäftigte, Personalräte und Gewerkschaften als „ständische Besitzstandswahrung“ (Grözinger 2004, 95) diskreditiert wird. Gegen die zunehmende Entdemokratisierung und Entsolidarisierung an deutschen Hochschulen hilft nur ein Alternativmodell, das mit früheren Reformdiskussionen verbunden ist und sie weiterführt. Andreas Keller (2000, 744) wirbt für das Leitbild einer Repolitisierung der Hochschulen und ihres Leistungsauftrags in Bildung und Wissenschaft: „Dabei wird es auch darauf ankommen, eine – zeitgemäße – Rückbesinnung auf die Idee der autonomen Gruppenhochschule in gesellschaftlicher Verantwortung vorzunehmen.“

## Literatur

Adam, Konrad (2002): Die deutsche Bildungsmisere. PISA und die Folgen, 2. Aufl. München.

Adolphs, Stephan/Hörbe, Wolfgang/Karakayali, Serhat (1998): Globalisierung als Schule der Nation. Zum neokonservativen Globalisierungsdiskurs, in: Annelie Buntenbach/Helmut Kellershohn/Dirk Kretschmer (Hg.), Ruck-wärts in die Zukunft. Zur Ideologie des Neokonservatismus, Duisburg, 98-119.

Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (2002): Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik, Münster.

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main.

Bennhold, Martin (1999): „Private Berater“ – Weichensteller im Dienste der Wirtschaft. Funktionen des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) und des Bertelsmann-Konzerns in der Hochschulstrukturdiskussion, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hg.), Alte und Neue Rechte an den Hochschulen, Münster, 52-64.

Bergmann, Joachim (1998): Die negative Utopie des Neoliberalismus oder Die Rendite muß stimmen. Der Bericht der bayerisch-sächsischen Zukunftskommission, in: Leviathan 3, 319-340.

Berthold, Norbert (1997): Sozialstaat und marktwirtschaftliche Ordnung. Ökonomische Theorie des Sozialstaates, in: Karl-Hans Hartwig (Hg.), Alternativen der sozialen Sicherung – Umbau des Sozialstaates, Baden-Baden/Hamburg, 10-41.

Bischoff, Joachim (1998): Hegemonie und Bürgergesellschaft, in: ders./Frank Deppe/Klaus Peter Kisker (Hg.), Das Ende des Neoliberalismus? – Wie die Republik verändert wurde, Hamburg, 53-80.

Bologna-Erklärung (1999): Der europäische Hochschulraum. Gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister, 19. Juni 1999, Bologna, [http: www.stura.htwk-leipzig.de/cb/uploads/files/151/Bologna.pdf](http://www.stura.htwk-leipzig.de/cb/uploads/files/151/Bologna.pdf), 2.3.2004.

Borchert, Jens (1995): Die konservative Transformation des Wohlfahrtsstaates. Großbritannien, Kanada, die USA und Deutschland im Vergleich, Frankfurt am Main/New York.

Boxberger, Gerald/Klimenta, Harald (1998): Die 10 Globalisierungslügen. Alternativen zur Allmacht des Marktes, München.

Brunkhorst, Hauke (2004): Die Universität der Demokratie, in: Dorothee Kimmich/Alexander Thumfart (Hg.), Universität ohne Zukunft?, Frankfurt am Main, 80-96.

Bulmahn, Edelgard (2002): Wir dürfen Bildung nicht als Ware dem Handel überlassen. Die Welthandelsorganisation berät über den Import und Export von Hochschul-Dienstleistungen, in: spw – Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft 5, 47-49.

Bultmann, Torsten/Weitkamp, Rolf (1999): Hochschule in der Ökonomie. Zwischen Humboldt und Standort Deutschland, 2. Aufl. Marburg.

Buntenbach, Annelie (1998): Abbauarbeiten am Sozialstaat. Praktische Beiträge der Bundesregierung zur Massenerwerbslosigkeit, in: dies. u.a. (Hg.), Ruck-wärts in die Zukunft. Zur Ideologie des Neokonservatismus, Duisburg, 150-172.

Buß, Maike (2000): Wissenschaftsfreiheit ade? – Zur gegenwärtigen Debatte über die Hochschulreform, in: Forschung & Lehre 4, 190-192.

Butterwegge, Christoph/Hickel, Rudolf/Ptak, Ralf (1998): Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie, Berlin.

Butterwegge, Christoph/Kutscha, Martin/Berghahn, Sabine (Hg.) (1999): Herrschaft des Marktes – Abschied vom Staat?, Folgen neoliberaler Modernisierung für Gesellschaft, Recht und Politik, Baden-Baden.

Butterwegge, Christoph (2002): Rechtsextremismus, Freiburg im Breisgau/Basel/Wien.

Butterwegge, Christoph/Cremer, Janine/Häusler, Alexander/Hentges, Gudrun/Pfeiffer, Thomas/Reißlandt, Carolin/Salzborn, Samuel (2002): Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen.

Butterwegge, Christoph (2003): Weltmarkt, Wohlfahrtsstaat und Zuwanderung, in: ders./Hentges, Gudrun (Hg.): Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, 2. Aufl. Opladen, 53-91.

Butterwegge, Christoph/Holm, Karin/Imholz, Barbara/Klundt, Michael/Michels, Caren/Schulz, Uwe/Wuttke, Gisela/Zander, Margherita/Zeng, Matthias (2003): Armut und Kindheit. Ein regionaler, nationaler und internationaler Vergleich, Opladen.

Butterwegge, Christoph (2004): Krise und Zukunft des Sozialstaates, Wiesbaden.

Dahrendorf, Ralf (1965): Bildung ist Bürgerrecht, Hamburg.

- Dolata, Ulrich (1997): Das Phantom der Globalisierung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1, 100-104.
- Ehrenberg, Herbert (1997): Die große Standortlüge. Plädoyer für einen radikalen Kurswechsel in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, Bonn.
- Eppler, Erhard (1998): Die Wiederkehr der Politik, Frankfurt am Main/Leipzig.
- Europäischer Rat (2000): Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Europäischer Rat (Lissabon), 23. und 24. März 2000, <http://ue.eu.int/newsroom/LoadDoc.asp>, 9.3.2004.
- Fritz, Thomas/Scherrer, Christoph (2002): GATS: Zu wessen Diensten? – Öffentliche Aufgaben unter Globalisierungsdruck, Hamburg.
- Galtung, Johan (1998): Die andere Globalisierung. Perspektiven für eine zivilisierte Weltgesellschaft im 21. Jahrhundert, Münster.
- Glaser, Horst Albert (2004): Vom alten ins neue Chaos? – Die europäische Hochschulreform nach dem Bologna-Modell, in: Forschung & Lehre 2, 66-68.
- Grözinger, Gerd (2004): Von Amerika lernen. Vier Vorschläge zur Hochschulreform, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1, 95-104.
- Hagen, Johann J. (1999): Wieviel Staat braucht die Gesellschaft? – Über politische Paradigmenwechsel, in: Josef Schmee/Erwin Weissel (Hg.), Die Armut des Habens. Wider den feigen Rückzug vor dem Neoliberalismus, Wien, 12-26.
- Harvey, David (1997): Betreff Globalisierung, in: Steffen Becker u.a. (Hg.), Jenseits der Nationalökonomie? – Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung, Berlin/Hamburg, 28-49.
- Heine, Michael (1998): Konsequenzen der Deglobalisierung für Wachstum und Beschäftigung, in: Regina Stötzel (Hg.), Ungleichheit als Projekt. Globalisierung – Standort – Neoliberalismus, Marburg, 157-167.
- Henkel, Hans-Olaf (1998): Jetzt oder nie. Ein Bündnis für Nachhaltigkeit in der Politik, Berlin.
- Herzog, Roman (1997): Aufbruch ins 21. Jahrhundert. „Berliner Rede“ vom 26. April 1997, in: Manfred Bissinger (Hg.), Stimmen gegen den Stillstand. Roman Herzogs „Berliner Rede“ und 33 Antworten, 2. Aufl. Hamburg, 13-30.
- Herzog, Roman (1999): Megathema Bildung – vom Reden zum Handeln. Rede des Bundespräsidenten auf dem Deutschen Bildungskongress am 13. April 1999 in Bonn, in: ders./Initiativkreis Bildung, Zukunft gewinnen – Bildung erneuern, München, 11-23.
- Hirsch, Joachim (2002): Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen, Hamburg.
- Hirst, Paul/Thompson, Grahame (1998): Globalisierung? – Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Nationalökonomien und die Formierung von Handelsblöcken, in: Ulrich Beck (Hg.), Politik der Globalisierung, Frankfurt am Main, 85-133.

- Hofmann, Werner (1969): *Universität, Ideologie, Gesellschaft. Beiträge zur Wissenschaftssoziologie*, 3. Aufl. Frankfurt am Main.
- Initiativkreis Bildung der Bertelsmann Stiftung (1999): *Memorandum*, in: ders./Initiativkreis Bildung, *Zukunft gewinnen – Bildung erneuern*, München, 25-81.
- James, Harold (1997): *Rambouillet, 15. November 1975. Die Globalisierung der Wirtschaft*, München.
- Jaschke, Hans-Gerd (1998): *Fundamentalismus in Deutschland. Gottesstreiter und politische Extremisten bedrohen die Gesellschaft*, Hamburg.
- Jonas, Hans (1984): *Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation*, Frankfurt am Main.
- Kaulisch, Marc/Neis, Matthias/Gombert, Tobias (1999): *Perspektiven der Hochschulreform*, in: Sebastian Jobelius/Reinhard Rünker/Konstantin Vössing (Hg.), *Bildungs-Offensive. Reformperspektiven für das 21. Jahrhundert*, Hamburg, 199-212.
- Keller, Andreas (2000): *Was heißt hier Autonomie? – Dreißig Jahre Hochschulreform*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6, 737-745.
- Keller, Andreas (2003): *Von Bologna nach Berlin. Perspektiven eines Europäischen Hochschulraums*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 9, 1119-1128.
- Kellermann, Paul (2003): *„Leben für das Wirtschaftswachstum“*. Über die Instrumentalisierung von Bildung und Weiterbildung, in: *Forschung & Lehre* 9, 484 f.
- Kieser, Alfred (1998): *Das Idealbild der Evaluationskonstrukteure. Was lehren niederländische Erfahrungen mit Evaluationen universitärer Forschung?*, in: *Forschung & Lehre* 8, 410 f.
- Kindsmüller, Werner (1997): *Globalisierungs-Chance. Alternativen zur Deutschland AG*, Hamburg.
- Kluge, Jürgen (2003): *Schluss mit der Bildungsmisere. Ein Sanierungskonzept*, Frankfurt am Main/New York.
- Kock, Sabine (2001): *Paradoxe Gleichzeitigkeit von Regulation und Deregulation. Frauenförderung an europäischen Hochschulen im Kontext gegenwärtiger Hochschulreformen*, in: Erna Appelt/Alexandra Weiss (Hg.), *Globalisierung und der Angriff auf die europäischen Wohlfahrtsstaaten*, Hamburg/Berlin, 85-95.
- Koschorke, Albrecht (2004): *Wissenschaftsbetrieb als Wissenschaftsvernichtung. Einführung in die Paradoxologie des deutschen Hochschulwesens*, in: Dorothee Kimmich/Alexander Thumfart (Hg.), *Universität ohne Zukunft?*, Frankfurt am Main, 142-157.
- Krais, Beate (2000): *Die Wissenschaftselite*, in: *Kursbuch* 139, 137-146.
- Krugman, Paul (1999): *Der Mythos vom globalen Wirtschaftskrieg. Eine Abrechnung mit den Pop-Ökonomen*, 2. Aufl. Frankfurt am Main/New York.
- Kurbjuweit, Dirk (2003): *Unser effizientes Leben. Die Diktatur der Ökonomie und ihre Folgen*, Reinbek bei Hamburg.

- Langewiesche, Dieter (2003): Lehren muss sich wieder lohnen. Wer von Ranking spricht, meint in Wahrheit Kürzung. Die deutschen Hochschulen leiden unter der Evaluierungseuphorie, in: Die Zeit v. 31.7.
- Langewiesche, Dieter (2004): Wieviel Geisteswissenschaften braucht die Universität?, in: Dorothee Kimmich/Alexander Thumfart (Hg.), Universität ohne Zukunft?, Frankfurt am Main, 36-51.
- Leibfried, Stephan (1969): Die angepaßte Universität. Zur Situation der Hochschulen in der Bundesrepublik und den USA, 3. Aufl. Frankfurt am Main.
- Lohmann, Ingrid (2002): After Neoliberalism. Können nationalstaatliche Bildungssysteme den „freien Markt“ überleben?, in: dies./Rainer Rilling (Hg.), Die verkaufte Bildung. Kritik und Kontroversen zur Kommerzialisierung von Schule, Weiterbildung, Erziehung und Wissenschaft, Opladen, 89-107.
- Luttwak, Edward (1999): Turbo-Kapitalismus. Gewinner und Verlierer der Globalisierung, Hamburg/Wien.
- Mahnkopf, Birgit (1999): Soziale Demokratie in Zeiten der Globalisierung?, Zwischen Innovationsregime und Zähmung der Marktkräfte, in: Hans Eichel/Hilmar Hoffmann (Hg.), Ende des Staates – Anfang der Bürgergesellschaft. Über die Zukunft der sozialen Demokratie in Zeiten der Globalisierung, Reinbek bei Hamburg, 110-130.
- Meier, Frank/Schimank, Uwe (2004): Neue Steuerungsmuster an den Universitäten. Mögliche Folgen für die geisteswissenschaftliche Forschung, in: Dorothee Kimmich/Alexander Thumfart (Hg.), Universität ohne Zukunft?, Frankfurt am Main, 97-123.
- Mies, Maria (2001): Globalisierung von unten. Der Kampf gegen die Herrschaft der Konzerne, Hamburg.
- Morkel, Arnd (2000): Die Universität muß sich wehren. Ein Plädoyer für ihre Erneuerung, Darmstadt.
- Müller, Julia (1999): Elite als Konzept von morgen?, in: Stephan Bethe/Werner Lehmann/Burkard Thiele (Hg.), Emanzipative Bildungspolitik, Münster, 75-82.
- Narr, Wolf-Dieter (1999): Zukunft des Sozialstaats – als Zukunft einer Illusion?, Neu-Ulm.
- Narr, Wolf-Dieter (2004): Wider die reduktionistische Gleichschaltung der Hochschulen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2, 192-198.
- Nassehi, Armin (1998): Die „Welt“-Fremdheit der Globalisierungsdebatte. Ein phänomenologischer Versuch, in: Soziale Welt 2, 151-166.
- Nollmann, Gerd (2003): Die stille Umverteilung. Budgetierung als Transmissionsriemen für die Verschärfung von Einkommensungleichheit, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 3, 500-520.
- Oppermann, Thomas (2002): Vom Staatsbetrieb zur Stiftung – Impulse für neue Hochschulen, in: ders. (Hg.), Vom Staatsbetrieb zur Stiftung. Moderne Hochschulen für Deutschland, Göttingen, 10-25.
- Pelizzari, Alessandro (2001): Die Ökonomisierung des Politischen. New Public Management und der neoliberale Angriff auf die öffentlichen Dienste, Konstanz.

- Picht, Georg (1964): Die deutsche Bildungskatastrophe, Olten/Freiburg im Breisgau.
- Plehwe, Dieter/Walpen, Bernhard (1999): Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge der Mont Pèlerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und -erhaltung, in: PROKLA 115, 203-235.
- Rau, Johannes (2003): Den ganzen Menschen bilden – wider den Nützlichkeitszwang. Ein Plädoyer für eine neue Bildungsreform, Weinheim.
- Rieger, Elmar (1998): Wohlfahrtsstaat und Globalisierung. Antikritisches zu Erklärungsproblemen und Interpretationsversuchen, in: Politische Vierteljahresschrift 4, 819-828.
- Rügemer, Werner (1996): Wirtschaften ohne Korruption?, Frankfurt am Main.
- Rüttgers, Jürgen (1997): Die Rolle der Hochschulen auf dem Weg zur Wissensgesellschaft. Rede, gehalten zur Eröffnung der Jahresversammlung 1997 der Hochschulrektorenkonferenz am 24. April 1997 in Siegen, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), Bulletin 32, 350 f.
- Rüttgers, Jürgen (1999): Zeitenwende – Wendezeiten. Das Jahr-2000-Projekt: die Wissensgesellschaft, Berlin.
- Schäuble, Wolfgang (1994): Und der Zukunft zugewandt, Berlin.
- Schäuble, Wolfgang (1998): Und sie bewegt sich doch, Berlin.
- Schimank, Uwe (1997): Leistungskontrollen für Professoren?, in: Leviathan 3, 151-158.
- Schlaffke, Winfried/Konegen-Grenier, Christiane (1998): Hochschulreform aus der Sicht der Wirtschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 15, 31-38.
- Schöni, Walter (1994): Standortwettbewerb versus Sozialpartnerschaft. Zur Krise der wirtschafts- und sozialpolitischen Regulierung, in: Widerspruch 27, 67-78.
- Schröder, Gerhard (1998): „Weil wir Deutschlands Kraft vertrauen ...“ – Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), Bulletin 74, 901-914.
- Schuller, Philipp (2000): Die Universität. Tochterunternehmen der Deutschland AG, in: Forschung & Lehre 3, 126 f.
- Sitte, Ralf (1998): Wohin führt ein „Umbau“ des Sozialstaates? – Anmerkungen zur Lage und Reform der sozialen Sicherung, in: WSI-Mitteilungen 10, 710-716.
- Sonnenfeld, Christa (1998): „So etwas nenne ich Zwangsarbeit“. Der Abbau von Bürgerrechten der BezieherInnen sozialer Leistungen, in: Hanfried Scherer/Irmgard Sahler (Hg.), Einstürzende Sozialstaaten. Argumente gegen den Sozialabbau, Wiesbaden, 23-49.
- Späth, Lothar (1999): Plädoyer für einen Neuansatz, in: Roman Herzog/Initiativkreis Bildung der Bertelsmann Stiftung, Zukunft gewinnen – Bildung erneuern, München, 145-151.

SPD-Parteivorstand (2004): Unser Land gerecht erneuern. Weimarer Leitlinien Innovation. Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 6. Januar 2004, <http://www.spd.de/servlet/PB/show/1031420/2004-01-09-SPD-Weimarer-Leitlinien-01-.pdf>.

Stucke, Andreas (2001): Mythos USA – die Bedeutung des Arguments „Amerika“ im hochschulpolitischen Diskurs der Bundesrepublik, in: Erhard Stölting/Uwe Schimank (Hg.), Die Krise der Universitäten, Wiesbaden (LEVIATHAN-Sonderheft 20), 118-136.

Tobler, Ruedi (2003): GATS: Ende des öffentlichen Bildungswesens?, in: Widerspruch 45, 115-128.

Touraine, Alain (2001): Globalisierung – eine neue kapitalistische Revolution, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt am Main, 41-62.

Urban, Hans-Jürgen (1999): Reformoptionen im Sozialstaat. Über die Perspektiven des sozial regulierten Kapitalismus, in: Horst Schmitthenner/Hans-Jürgen Urban (Hg.), Sozialstaat als Reformprojekt. Optionen für eine andere Politik, Hamburg, 11-59.

Weizsäcker, Carl Christian von (1999): Logik der Globalisierung, Göttingen.

Went, Robert (1997): Ein Gespenst geht um ... Globalisierung!, Eine Analyse, Zürich.

Westerwelle, Guido (1998): Neuland. Einstieg in einen Politikwechsel, 2. Aufl. Düsseldorf/München

Zeuner, Bodo (1997): Entpolitisierung ist Entdemokratisierung. Demokratieverlust durch Einengung und Diffusion des politischen Raums. Ein Essay, in: Rainer Schneider-Wilkes (Hg.), Demokratie in Gefahr? – Zum Zustand der deutschen Republik, Münster, 20-34.

Zinn, Karl Georg (2002): Staatliche Gestaltung statt Neoliberalismus, in: Peter Faulstich (Hg.), Lernzeiten. Für ein Recht auf Weiterbildung, hamburg, 18-30.

Zugehör, Rainer (1998): Die Globalisierungslüge. Handlungsmöglichkeiten einer verantwortlichen Wirtschaftspolitik, Mit einem Vorwort von Oskar Lafontaine, Unkel am Rhein/Bad Honnef.